



Universität Erlangen-Nürnberg · Postfach 3520 · 91023 Erlangen



Sprecherrat

Anschrift: Turnstraße 7
91054 Erlangen

Ansprechpartner: Stefan Erhardt

Telefon: +49 176 20491282
Telefax: +49 9131 85-26760

E-Mail: stefan.erhardt@e-technik.stud.uni-erlangen.de

An die Vertreterinnen und Vertreter der Presse

Erlangen, den 29.10.2012

Vom Arztsohn und der Putzfrau: Entkräftung von Stammtischparolen pro Studiengebühren

Die vor einer Woche durch die Zulassung des Volksbegehrens neu entfachte Diskussion über Studiengebühren hat inhaltlich keine neuen Argumente hervorgebracht. Seit sechs Jahren geistern immer wieder diverse Thesen durch Zeitungen und Medien. Die Abschaffung der Studiengebühren noch im November ist gewiss. Allerdings geschieht dies aus politischen Gründen, nicht aufgrund inhaltlicher Diskussionen. Die Studierendenvvertretung der Universität Erlangen-Nürnberg hat deshalb eine Übersicht angefertigt, in der die Argumente pro wie contra stichpunktartig zusammengefasst werden.

Für weitere Informationen und Nachfragen stehen Ihnen gerne zur Verfügung:

Stefan Erhardt 0176 20491282
Benedikt Kopera 0151 28288429

Die Studierendenvvertretung der Universität Erlangen-Nürnberg vertritt als gewähltes Gremium die fachlichen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Studierenden.

Postanschrift
Postfach 3520
91023 Erlangen

Hausanschrift
Turnstraße 7
91054 Erlangen

Telefon
+49 9131 85 26695
Telefax
+49 9131 85 26760

Internet
stuve.uni-erlangen.de

Bankverbindung
Staatsoberkasse Landshut
Bayerische Landesbank München
Konto 30 127 92 80 (BLZ 700 500 00)

a) Behauptung: Studiengebühren hielten nachweislich nicht vom Studium ab, was auch durch steigende Studierendenzahlen an bayerischen Hochschulen bestätigt würde

- Dreiviertel aller Studierenden kommen aus dem direkten Einzugsgebiet der jeweiligen Universität („die 80-80-Regel“: etwa 80% der Studierenden kommen aus einem Radius von 80km um die Hochschule). Die lokale Bindung ist demnach trotz Studiengebühren einer der wichtigsten Faktoren bei der Wahl des Studienorts.
- Geburtenstarke Jahrgänge um die Wende
- Der doppelte Abiturjahrgang 2011 in Bayern und 2012 in Baden-Württemberg hat für eine Explosion der Einschreibzahlen gesorgt (außerdem ist die Abiturabschlussquote eines gesamten Geburtenjahrgangs gestiegen)
- Durch Wegfall von Wehr- und Zivildienst stiegen die Zahlen in letzter Zeit noch einmal an
- Studien werden oft einseitig zitiert

b) Behauptung: „Was nichts kostet, ist nichts wert“

- Die Finanzierung des Hochschulsystems ist kein Geschenk, sondern Grundversorgung
- Bildung ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft
- Ehrenamtliches Engagement besitzt auch höchsten Stellenwert
- Kosten-Nutzen-Rechnungen bieten sich im Bildungssystem nicht an, zumindest nicht wenn Bildung dabei in Geld gemessen wird. Außerdem muss das unbedingt über längeren Zeitraum als direkt für ein Studium betrachtet werden

c) Behauptung: Warum sollte der Nicht-Akademiker dem Akademiker die Ausbildung bezahlen? („Putzfrau finanziert Arztsohn“)

- Die soziale Marktwirtschaft finanziert ihre Ausgaben über relativ hohe Steuern; der Steuersatz ist gestaffelt nach aktuellem Einkommen und gedeckelt durch den Spitzensteuersatz.
- Ein Akademiker hat frühestens Mitte 20 das erste regelmäßige Einkommen. Je nach Studiengang werden manche Akademiker bis zur Rente nie das Gesamteinkommen von Facharbeitern erreichen können – dennoch sind diese Berufsgruppen für Kultur und Gesellschaft von essentieller Bedeutung.
- Investition in die Zukunft unseres rohstoffarmen Landes.

d) Behauptung: Studiengebühren seien sozial verträglich/nachgelagerte Studiengebühren ermöglichen jedem das Studium (Studienkredit)

- Die Befreiungskriterien führen das Argument ad absurdum: Finanzielle Gründe sind für die Befreiung irrelevant, eine von Hartz IV lebende, alleinerziehende Mutter muss die Gebühren also aufbringen, eine Familie aus dem akademischen Umfeld, deren Kinder alle studieren, profitiert.
- Die Verschuldung vor einem Studium schreckt sehr wohl ab, Teenagern ist Verschuldung generell abzuraten.

e) Behauptung: Studiengebühren verbesserten die Studienbedingungen

- Die Studiengebühren wurden 2007 eingeführt, 2004 wurden die staatlichen Mittel um ca. 110 Mio. Euro gekürzt
- Längst wird auch Grundbedarf aus Studiengebühren finanziert („Es ist Verbesserung, wenn die Dienstleistung nicht abgeschafft wird.“)
- Missbrauch: Ohne die Dozentinnen und Dozenten, die durch Studiengebühren eingestellt wurden, wäre der Lehrbetrieb z.B. an der Philosophischen Fakultät in Erlangen oder an der Biologie gar nicht mehr möglich. Die Studiengebühren wurden also großflächig rechtswidrig für Grundbedarf eingesetzt.
- Das zuvor bezahlte Geld fließt in vielen Fällen als Sachmittel direkt zurück an den Studiengebühren-Zahlenden wie -Nichtzahlenden (z.B. via Druckkontingenten), allerdings nach Abzug der Verwaltungsgebühren und der Elitenförderung von über 10%.

f) Behauptung: Die Beiträge ermöglichten längere Öffnungszeiten von Bibliotheken, Einstellung von neuen Dozenten, bessere Lehrbuchausstattung oder ein besseres Betreuungsverhältnis

- Bibliotheksöffnungszeiten sind nur auf Standard angehoben worden (In Baden-Württemberg vielerorts rund um die Uhr)
- Die Kosten für die längeren Öffnungszeiten sind nicht sehr hoch, da u.a. hauptsächlich studentische Hilfskräfte beschäftigt werden.
- All diese Punkte sind absoluter Standard für eine moderne Universität eines der reichsten Länder der Welt. Das Betreuungsverhältnis wäre ohne Studiengebühren zum Teil unzumutbar, das ist jedoch nur ein Hinweis darauf, dass mit Gebühren Grundausstattung finanziert wird. Das widerspricht dem Bayerischen Hochschulgesetz, demzufolge Studiengebühren nur für die Verbesserung, nicht aber die Aufrechterhaltung der Studienbedingungen verwendet werden dürfen.

g) Behauptung: Eine Ausbildung könne auch um die zehntausend Euro kosten, es sei unfair, wenn die Studierenden als einzige nicht zahlen müssten (hier wird meist eher auf den Schritt zum „Meister“ abgezielt, der tatsächlich kostet)

- Kommt drauf an! Eine Ausbildung z.B. zum Feinmechaniker kostet nichts und der Lehrling bekommt in seinem Ausbildungsbetrieb Gehalt.
- Das Studium ist mehr als eine Ausbildung, auch nach Bologna. Für die Forschung ist es nötig, dass Studierende ihren Interessen ohne Rücksicht auf das Gehalt nachgehen können und ihnen nicht ihre Aussichten auf dem Arbeitsmarkt ihr Fach diktieren.

h) Behauptung: Im internationalen Vergleich stünde Bayern mit der Höhe seiner Studiengebühren gut da

- Die Hochschulsysteme in Deutschland und dem angelsächsischen Raum unterscheiden sich fundamental. Wenn wir derart hohe Gebühren verlangten, müssten wir das Stipendiensystem massiv ausbauen, was in der Summe nur zusätzliche Bürokratie bedeutet
- Die sozialen Folgen sind in den USA unübersehbar: Mittelständische Haushalte müssen jahrelang sparen, um ihren Kindern den Zugang zu Universitäten zu ermöglichen, was einen enormen Druck auf diese aufbaut und freies wissenschaftliches Arbeiten durch

eine „Turboausbildung“ ersetzt, an deren Ende ein hohes Gehalt stehen muss, um die Schulden zu begleichen.

- Nur weil andere Länder das machen, bedeutet das nicht, dass es gut oder nicht anders möglich wäre.
- Wenn man schon vergleichen will: in vielen Ländern (beispielsweise den skandinavischen) kostet das Studium nichts, die Studierenden bekommen vom Staat sogar noch ein Taschengeld, um sich auf Ihr Studium konzentrieren zu können.

i) Behauptung: Studiengebühren erhöhten den Druck auf die Studierenden mit ihrem Studium schnell fertig zu werden und Ihre Zeit nicht zu „verbummeln“

- Durch die Bologna-Reform darf die Regelstudienzeit im Bachelor maximal um zwei, im Master maximal um ein Semester überzogen werden. Somit ist der Druck heute schon sehr groß. Wenn dann noch ehrenamtliches Engagement oder Nebenjobs hinzukommen, haben sehr viele Studierende ohnehin schon große Probleme ihr Studium zu meistern.
- In einer Lebensphase, in der die meisten Studierende kein eigenes Geld, sondern höchstens das ihrer Eltern zur Verfügung haben, ist finanzieller Druck unangebracht